

Über Straßensatzung in Lausnitz verwundert

Truschzinski: Gemeinden fügen sich Diktat

Lausnitz (OTZ). Die jüngst in Lausnitz und Saalburg-Ebersdorf beschlossenen Satzungen zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen stoßen auf heftige Kritik.

„Ohne Wenn und Aber fügen sich zurzeit Gemeinden im Saale-Orla-Kreis dem Diktat der Kommunalaufsicht bei der Umsetzung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes und erlassen Satzungen für die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen“, meldet sich jetzt Constanze Truschzinski in ihrer Funktion als stellvertretende Vorsitzende der Bürgerallianz Thüringen zu Wort.

„Warum also diese Ignoranz von Bürgerinteressen? Weil 150 Lausnitzer und 4100 Einwohner der Stadt Saalburg-Ebersdorf zu Wenige für wirksamen Protest sind, weil die kommunale Selbstverwaltung ohne Finanzausstattung zum Absurdum geführt wurde oder die Kommunalaufsicht des Saale-Orla-Kreises ihre Macht gegenüber den Kommunen ausspielt“, fragt Truschzinski.

Aus ihrer Sicht sei es „völlig unverständlich und nicht not-

wendig“, dem Druck der Kommunalaufsicht nachzugeben.

„Seitens des Innenministeriums liegt seit Jahren ein Beitragsmatorium vor“, erklärt Truschzinski. Demnach seien die Kommunalaufsichten angewiesen, keine Ersatzvornahmen bis zur Einführung der Neuregelung des Kommunalabgabengesetzes bei den Straßenausbaubeitragsatzungen vorzunehmen.

Dies bestätigt das Thüringer Innenministerium prinzipiell, verweist aber auf Einschränkungen. „Das gilt dort nicht, wo rechtliche Nachteile drohen“, teilte ein Ministeriumssprecher auf OTZ-Nachfrage mit. Das sei beispielsweise bei möglichen Verjährungen der Fall.

Derzeit lägen dem Landtag zwei Gesetzentwürfe zur Beratung vor: „Der Gesetzentwurf der Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben mit einer freiwilligen Infrastrukturabgabe und jener der Landesregierung, der zumindest in Ansätzen mehr Spielraum für die Kommunen bringen soll“, so Truschzinski.



Constanze Truschzinski

Foto: OTZ/Peter Cissak